

Das fordern wir:

Keine Kürzungen bei Projekten gegen rechts – für echte Selbstbestimmung

Tax the Rich: Sozialstaat retten, Superreiche zur Kasse bitten

Schluss mit der Abschottung: Schutz und Bleiberecht für queere Geflüchtete

Kein Schritt zurück: globale Solidarität im Kampf gegen Aids

Mehr Schutz für Sexarbeiter*innen statt Kriminalisierung

Illustrationen:
Marie Schwab

Redaktion: Bodo Niendel
Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de

2026

Die Linke

Im Bundestag

Maik Brückner

Queerpolitischer Sprecher der Fraktion

Heidi Reichinnek

Fraktionsvorsitzende

Wir sind hier,
wir sind queer,
wir sind viele!

Queer. Sozial. Links.

„Zeit, wieder auf die Straße zu gehen!“



„Mehr als 500 CSDs, Prides und queere Straßenfeste zeigen: Wir sind da, wir sind mehr als je zuvor, und wir lassen uns nicht kleinkriegen – auch wenn der Wind rauer wird. Denn die Hetze gegen Queers, gegen Migrant*innen und gegen Menschen in Armut wird wieder salonfähig.“

„Die Gewalt auf der Straße nimmt zu. Und die Regierung? Die lässt uns hängen.“

„Sie rollt nicht nur symbolträchtig die Regenbogenfahne ein, sie kürzt ausgerechnet jetzt demokratischen Projekten die Gelder. Mit ihrer Politik der Kälte zerlegt sie den Sozialstaat und macht immer mehr Menschen das Leben schwer. Dagegen hilft nur Solidarität: Dass wir laut werden, sichtbar bleiben und breite Bündnisse schließen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jede*r selbstbestimmt und sicher lieben und leben kann. Nicht nur auf dem CSD, sondern an jedem einzelnen Tag im Jahr.“



Hände weg von

„Demokratische Leben“ und vom

Selbstbestimmungsrecht

Queerfeindliche Hetze und Gewalt nehmen zu. Nahezu jeder zweite CSD wurde im letzten Jahr bedroht oder angegriffen. Dennoch kürzt die Regierung ausgerechnet jetzt Projekte gegen Diskriminierung. Der Aktionsplan „Queer Leben“, für den jahrelang gekämpft wurde: ersatzlos gestrichen! Auch hunderte Projekte des Programms „Demokratische Leben“ stehen vor dem Aus, gerade auf dem Land. Nicht, weil sie teuer wären. Sondern, weil sie den Konservativen ein Dorn im Auge sind. Die stimmen immer häufiger ein in die Hetze der Inter*Personen wichtige Rechte zuspicher. In der Koalition wurde eine „Evaluation“ des Gesetzes vereinbart. Dass es im nächsten Schritt abgeschafft wird, wollen wir verhindern. Wir stehen für eine Politik, die rechten Kulturkämpfern die Stirn bietet und Queers den Rücken stärkt.



Tax the Rich:

Sozialstaat verteidigen

Milliarden fließen in die Rüstung, doch der Sozialstaat wird kaputtgespart. Die Regierung drangsaliert die Menschen in der Grundversicherung mit harten Sanktionen, aber weigert sich, Superreiche vernünftig zu besteuern. Diese Politik der sozialen Kälte trifft auch queere Menschen mit voller Wucht. Sie werden häufig als wohlhabend dargestellt, dabei ist das Gegenteil der Fall. Studien belegen: Queere Menschen verdienen weniger Geld, haben soziale Nachteile und dadurch auch mehr gesundheitliche Einschränkungen. Denn Diskriminierung hat hand-feste Folgen: am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, für die Gesundheit. Darum hören wir nicht auf zu kämpfen: für gleiche Rechte, gleiche Teilhabe und ein bezahlbares Leben für alle.

Schutz für queere

Menschen auf der Flucht



Die Bundesregierung setzt auf Abschottung und macht Geflüchtete und Migrant*innen zu Sündenböcken. Während Krisen und Kriege weltweit eskalieren, wird den Menschen Hilfe verweigert, insbesondere Queers, die vor Verfolgung und Diskriminierung fliehen. Gerade hat die Bundesregierung die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ erweitert, auch um Staaten, in denen queere Menschen verfolgt werden. Ihnen droht nun die Abschiebung und damit oft Folter und Tod. Und das ist nur der Anfang: Die Reform des Gemeinsamen Asylsystems (GEAS) erlaubt es künftig, Menschen ohne rechtliche Beratung in Lagern zu inhaftieren – sogar Kinder. Wir wollen ein Ende dieser tödlichen Abschottung, ein Bleiberecht und sichere Fluchtwege, auch und gerade für queere Geflüchtete.

Sexarbeiter*innen brauchen Rechte, keine Verbote

Nichtstun tötet: Globale Solidarität im Kampf gegen Aids
Viele Jahre waren weltweit die HIV-Infektionen rückläufig – dank internationaler Programme wie UNAIDS und USAID. Unter Trump haben die USA als der größte Geldgeber nun fast alle Mittel gestrichen. Die Folge: Vor allem im globalen Süden schließen Gesundheitszentren, Personal wird entlassen, Aufklärungsprogramme werden eingestellt. Weltweit sterben nun wieder Menschen an AIDS, darunter besonders viele arme Menschen, Frauen, Sexarbeitende und Queers. Deutschland und die EU dürfen dabei nicht einfach zu sehen: Was es braucht, ist schnelle finanzielle Hilfe für die globalen Programme zur Bekämpfung von AIDS.

Auch Sexarbeiter*innen drohen neue Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das sogenannte „nordische Modell“, ein Sex-Kauf-Verbot, wird auch in Deutschland gefordert. Doch das Modell würde Sexarbeiter*innen weiter in die Illegalität drängen und das Risiko von Ausbeutung und Gewalt erhöhen. Zwangsprostitution und Menschenhandel sind klar zu bekämpfen – aber nicht, indem man die Rechte von Sexarbeitenden stärken mussen wir die Rechte von Gesundheitsversorgung und Sozialversicherung, durch Beratungsangebote und durch Aufenthaltsperspektiven für Migrant*innen.



WIR SIND QUEER

WIR SIND VIELZE

WIR SIND HIER

Die Linke

Im Bundestag

PROTECT
TRANS*
LIVES!

REFUGEES
WELCOME

ALERTA
ALERTA

TAX THE RICH

